

NIEDERSCHRIFT

über die **3.** Sitzung
**des Ausschusses für Soziales, Wohnen und
Gesundheit**
(XVIII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **16.09.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 19:39 Uhr
Den Vorsitz führte: Florian Köpenick

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|--------------------------|---|
| 1. Frau Ursula Bittner | |
| 2. Herr Jakob Beyen | Vertretung für Herrn Thomas Jung |
| 3. Herr Heiner Cöllen | Vertretung für Herrn Prof. Dr. Dieter Welsink |
| 4. Herr Oliver Parys | Vertretung für Inge Jackisch |
| 5. Frau Dr. Samina Rasch | Vertretung für Sarah Kohtes |
| 6. Herr Lars Schlemper | Vertretung für Barbara Brand |
| 7. Herr Florian Köpenick | |
| 8. Frau Sabina Kram | |
| 9. Frau Jutta Stüsgen | |
| 10. Herr Dennis Volkeri | |

• SPD-Fraktion

11. Herr Udo Bartsch
12. Frau Alina Brix
13. Frau Ursula Gondorf
14. Herr Mathias Junggeburth
15. Frau Sabine Kühl
16. Frau Susanne Uhlman

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| 17. Frau Dr. Miriam Heckhausen | |
| 18. Frau Leonie Kanders | |
| 19. Frau Marianne Michael-Fränzel | Vertretung für Swenja Krüppel |

- **FDP-Fraktion**

20. Herr Dirk Rosellen

- **AfD-Fraktion**

21. Herr Maxim Filimonov

22. Herr Jan Siepert

23. Herr Christoph Welskop

Vertretung für Herrn Heinz-Josef Schnock

Vertretung für Herrn Lutz Gumbrecht

Vertretung für Herrn Arthur Rupprecht

- **Kreistagsfraktion Die Linke/Die PARTEI**

24. Herr Michail Burgesmeir

Vertretung für Herrn Jonathan Heisinger

- **Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler/ Zentrum**

25. Herr Wolfgang Müller

- **beratende Mitglieder**

26. Herr Benjamin Lampa

- **Verwaltung**

27. Frau Barbara Albrecht

28. Frau Daniela Bach

29. Herr Christian Böhme

30. Herr Dezernent Sebastian Johnen

31. Herr Carsten Paetau

32. Frau Ann-Kathrin Peters

33. Frau Ulrike Weyerstraß

- **Schriftführung**

34. Frau Sandra Burmeister

35. Herr Florian Lennartz

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		5
1.	Begrüßung und Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	5
3.	Berichte des Gesundheitsamtes	5
3.1.	Vorstellung Zahnärztlicher Dienst durch Dr. Kaiser Vorlage: 53/1384/XVIII/2026	5
3.2.	Vorstellung Gesundheitsreport 2026 der AOK durch Frau Schröder Vorlage: 53/1385/XVIII/2026	6
4.	Beschlüsse	8
4.1.	Fortführung des Projektes "Wohnen für Hilfe" Vorlage: 50/1312/XVIII/2026	8
	Beschlussempfehlung:	8
4.2.	Fortsetzung Zukunftsprogramm Pflegeberufe Vorlage: 50/1313/XVIII/2026	9
	Beschlussempfehlung:	9
4.3.	Fortführung des Behindertenfahrdienstes Vorlage: 53/1478/XVIII/2026.....	10
	Beschlussempfehlung:	11
5.	Mitteilungen	11
5.1.	Bericht zum Infrastruktur-Poolmodell der Eingliederungshilfe Vorlage: 50/1314/XVIII/2026	11
5.2.	Aktueller Projektstand "Demokratie Leben" Vorlage: 50/1315/XVIII/2026	12
5.3.	Landesweite Entwicklung der Kosten für die Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen (halbjährliche Mitteilung des LVR) Vorlage: 50/1316/XVIII/2026	12
6.	Mündliche Mitteilungen.....	12
6.1.	Verschiebung der Verleihung des Integrationspreises des RKN in das Haushaltsjahr 2027	12
6.2.	Verbindliche Pflegebedarfsplanung und Örtliche Planung 2027	12
7.	Anträge.....	12
7.1.	Prüfantrag: Erhöhung der Kapazitäten bzw. Betten im Frauenhaus in Neuss - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 3. August 2026 Vorlage: 50/1287/XVIII/2026	12

Beschlussempfehlung:	13
7.2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hilfe zur Pflege auch im häuslichen Umfeld digital zugänglich machen Vorlage: 50/1432/XVIII/2026	13
8. Anfragen	13
8.1. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Seniorenberatung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1317/XVIII/2026	13
8.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Wohnungsbaufördermittel im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1318/XVIII/2026	14
8.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Hitzeschutz in stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe Vorlage: 50/1387/XVIII/2026	14
8.4. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Psychische Gesundheit von Mädchen und jungen Frauen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/1399/XVIII/2026	14
8.5. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hitzenotstand im Alloheim Dormagen Vorlage: 50/1430/XVIII/2026.....	14

Nichtöffentlicher Teil:.....Fehler! Textmarke nicht definiert.

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick begrüßte alle Ausschussmitglieder und stellte weiterhin die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verpflichtete die sachkundigen Ausschussmitglieder Frau Dr. Samina Rasch, Herrn Heiner Cöllen sowie Herrn Lars Schlemper.

3. Berichte des Gesundheitsamtes

3.1. Vorstellung Zahnärztlicher Dienst durch Dr. Kaiser

Vorlage: 53/1384/XVIII/2026

Protokoll:

Referentin Frau Dr. Kaiser stellte in einem Vortrag die Arbeit des Zahnärztlichen Dienstes des Kreisgesundheitsamtes vor.

Ausschussvorsitzender Köpenick erfragte, warum der Anteil der Kitas, in denen Zähne geputzt würden, seit COVID-19 nicht über 50 % steige.

Referentin Dr. Kaiser führte aus, dass die meistgenannten Argumente hierfür Hygiene und Personalmangel seien. Man befürchte, dass die Kinder die Zahnbürsten untereinander tauschen oder mit auf die Toilette nehmen würden. Das eigentliche Argument sei jedoch der Personal- und Ressourcenmangel. Man versuche dennoch, dies den Kitas näherzubringen, da diese auch einen Bildungsauftrag hätten und man der Auffassung sei, dass Zahnhygiene dazugehöre.

Ausschussmitglied Filimonov fragte, ob man nicht elektrische Zahnbürsten in das Programm aufnehmen könne, um den Kindern Zahnhygiene mit mehr Spaß näherzubringen. Das Zähneputzen mit einer normalen Zahnbürste könne eher als langweilig empfunden werden, während das Zähneputzen mit einer elektrischen Zahnbürste mehr Spaß machen könne. Hiermit habe er in seiner Familie gute Erfahrungen gemacht.

Referentin Dr. Kaiser könne dies gut nachvollziehen und Ausschussmitglied Filimonov grundsätzlich zustimmen, da ihre Kinder dies ebenfalls so empfänden und elektrische Zahnbürsten bevorzugten. Zum einen hätten Studien allerdings gezeigt, dass herkömmliche Zahnbürsten bei richtiger Technik und ausreichender Zahnputzdauer genauso gut reinigten wie elektrische Zahnbürsten. Zum anderen müsse die Maßnahme so niedrigschwellig wie möglich sein, weshalb die Anschaffung und die damit verbundenen Kosten elektrischer Zahnbürsten teilweise ein Hindernis darstellten.

Ausschussmitglied Stüsgen erklärte, sie interessiere, wie die angesprochenen Risikoeinrichtungen identifiziert würden.

Referentin Dr. Kaiser erklärte, dass man diese anhand der ausgewerteten Untersuchungsdaten identifiziere. Nach jeder Untersuchung in den Einrichtungen sowie zusammenfassend zum Jahresende werde eine Auswertung angefertigt. Auf dieser Grundlage könne man ein Ranking erstellen und damit auch entsprechende Risikoeinrichtungen identifizieren.

Ausschussmitglied Bartsch erfragte, ob man nach der Identifizierung von Problemen bei entsprechenden Folgeuntersuchungen Verbesserungen feststellen könne oder ob die Situation eher stagniere.

Referentin Dr. Kaiser führte zunächst aus, dass der Anteil der behandlungsbedürftigen Kinder relativ konstant bleibe. Kinder mit identifizierten Mängeln erhielten eine Karte mit nach Hause, um die Eltern zu informieren. Man gehe natürlich davon aus, dass die Eltern anschließend mit ihren Kindern zum Zahnarzt gingen. Man könne sagen, dass dies bei vielen Kindern tatsächlich der Fall sei, da es sich bei den behandlungsbedürftigen Kindern nicht immer um dieselben Kinder handle. Wenn bei der nächsten Reihenuntersuchung festgestellt werde, dass keine Verbesserung eingetreten sei und eventuell sogar Löcher vorhanden seien, spreche man die Kinder an, um herauszufinden, woran dies gelegen habe. Dies liege teilweise daran, dass das Kind vergessen habe, die Karte zu Hause den Eltern zu geben, teilweise aber auch daran, dass die Eltern keine Zeit gehabt hätten, mit den Kindern zum Zahnarzt zu gehen.

In diesen Fällen verschicke man anschließend Post an die Eltern mit einem Brief und einem Dokument, das nach einer Untersuchung durch den Zahnarzt abgestempelt zurückgeschickt werden müsse. Wenn der Zettel nicht zurückkomme, versuche man, die Eltern direkt zu kontaktieren. In den meisten Fällen gingen die Eltern spätestens dann mit ihren Kindern zum Zahnarzt. Wenn es jedoch auch hier keine Reaktion gebe, müsse man in letzter Instanz Kontakt mit dem Jugendamt aufnehmen, da man dann davon ausgehen müsse, dass eine gewisse Form der Vernachlässigung vorliege.

3.2. Vorstellung Gesundheitsreport 2026 der AOK durch Frau Schröder Vorlage: 53/1385/XVIII/2026

Protokoll:

Referentin Frau Schröder stellte den Gesundheitsreport 2026 der AOK vor.

Ausschussmitglied Kühl merkte an, dass es dort, wo die gezeigten Zahlen niedrig seien, auch sehr schwierig sei, einen Termin zu bekommen. Dies sei beispielsweise bei Hebammen, aber auch in anderen Bereichen der Fall. So würden wahrscheinlich wesentlich mehr Frauen eine Hebamme in Anspruch nehmen, wenn sie denn eine bekommen könnten. Darüber hinaus seien in den Daten die Gastroenterologen nicht aufgeführt worden. Hier gebe es teilweise sehr lange Wartezeiten von bis zu 12 bis 15 Monaten. Referentin Schröder bot Ausschussmitglied Kühl an, gerne mit ihr in Kontakt zu treten, wenn es einen dringlichen Fall geben sollte. Ihr seien zudem keine derart langen Wartezeiten bekannt. In der Regel bekomme man innerhalb von drei bis vier Wochen einen Termin.

Ausschussmitglied Dr. Rasch führte aus ärztlicher Sicht aus, woran es im Bereich der Prävention teilweise scheitere. Man sei hier nicht mit der Zeit gegangen und führe nicht alle zur Verfügung stehenden Untersuchungsoptionen durch, teilweise auch aus Kostengründen. Hier übernahmen Ärzte teilweise die Kosten aus eigener Tasche, zum Wohle der Patienten. Hinzu komme, dass einige der Untersuchungen nicht die beste Wahl seien und beispielsweise Mammografie-Untersuchungen von den Patientinnen und Patienten

als sehr schmerzhaft empfunden würden. Hier gebe es zuverlässigere und schmerzfreie Alternativen.

Prävention sei grundsätzlich wichtig und man stehe als Ärzteschaft hinter der Prävention. Präventionsmaßnahmen und Untersuchungen müssten sich jedoch auch an die Zeit sowie an aktuelle Leitlinien und Studien anpassen und weiterentwickeln. Dies sei derzeit leider nicht der Fall.

Referentin Schröder stimmte Ausschussmitglied Dr. Rasch in ihrer Einschätzung zu. Prävention sei sehr wichtig, sodass es hier entsprechendes Verbesserungspotenzial gebe. Leider bestimme man auf dieser Ebene jedoch nicht, welche Untersuchungen in die Prävention und die Leitlinien einbezogen und übernommen würden und welche nicht. Die Leitlinien müssten vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen werden.

Ausschussmitglied Stüsgen bedankte sich für die Daten und deren Auswertung. Sie sei sich sicher, dass man noch einmal darauf zurückkommen werde, um zu prüfen, welche Schlüsse daraus gezogen werden könnten. Sie unterstütze zudem Ausschussmitglied Kühl in ihrer Auffassung, dass teilweise sehr lange Wartezeiten, beispielsweise bei Darmspiegelungen, bestünden. Die Suche sei teilweise sehr zeitaufwendig und erfordere ein gewisses Glück oder entsprechende Kontakte, um einen Arzt beziehungsweise einen Termin zu finden. Zudem gebe es bereits jetzt mehrere Hausärzte, die keine neuen Patienten mehr aufnahmen. Man müsse sich daher dringend Gedanken darüber machen, wie man in Zukunft neue Ärzte dazu motivieren könne, sich in der Region niederzulassen, damit sich die Versorgungslage nicht verschlechtere, sondern verbessere.

Referentin Schröder führte hierzu aus, dass sich das Ärztenetzwerk bereits intensiv damit beschäftige, wie man mit Zuschüssen und ähnlichen Maßnahmen einen Arztsitz so attraktiv wie möglich gestalten könne. Der Kreis Viersen habe beispielsweise eine eigene Ärzte-Scoutin, die sich ausschließlich mit dieser Thematik beschäftige. Es sei daher in der Tat bereits ein sehr wichtiges Thema und werde entsprechend ernst genommen.

Ausschussmitglied Junggeburch wies darauf hin, dass er sich für einen nächsten Bericht wünschen würde, dass man sich stärker auf die ärztliche Versorgung in kritischen Bereichen fokussiere, beispielsweise auf die Psychotherapie und die Versorgung von Kindern. Zudem wünsche er sich eine Entwicklung der Fallzahlen pro Sitz, um besser nachvollziehen zu können, wie sich die tatsächliche Belastung beziehungsweise der Workload der Fachsitzte in den vergangenen Jahren verändert habe.

Referentin Schröder erklärte, dass man sich bei der Bedarfsplanung bereits seit Jahren dafür einsetze, die Zahlen zum Versorgungsgrad anzupassen, da diese bereits seit Längerem überholt seien. Diese müssten von der Kassenärztlichen Vereinigung entsprechend neu aufgearbeitet werden, um den tatsächlichen Versorgungsgrad widerzuspiegeln. Referentin Schröder bot an, sich noch einmal mit Ausschussmitglied Junggeburch zusammenzusetzen, um zu besprechen, ob man die zur Verfügung stehenden Daten ergänzen könne, um dies für den Rhein-Kreis Neuss herauszuarbeiten.

Ausschussmitglied Junggeburch betonte zudem, im Einklang mit Ausschussmitglied Stüsgen, die Notwendigkeit einer Strukturreform und erfragte, welche Ideen es hierzu vonseiten der AOK gebe und welche Themen man vorschlagen würde.

Referentin Schröder bot daraufhin an, dass man sich gerne in einer Expertenrunde zusammensetzen könne, um dies zu besprechen.

Ausschussmitglied Filimonov wies darauf hin, dass man bei den Untersuchungen unter Männern neben den rationalen auch die emotionalen Gründe dafür berücksichtigen

sollte, warum Männer beispielsweise nicht zu einer Koloskopie gingen. So könne es vorkommen, dass man sich trotz fehlender Symptome dazu durchringe, eine Vorsorgeuntersuchung durchführen zu lassen, dann jedoch vom Arzt die Rückmeldung erhalte, dass ein Termin voraussichtlich erst in etwa sechs Monaten möglich sei. Dies könne dazu führen, dass man zunächst erleichtert sei und die Untersuchung anschließend erst einmal nicht weiterverfolge. Hier müsse man daher dafür sorgen, dass der Zugang zu Terminen so niedrigschwellig wie möglich sei.

Ausschussmitglied Dr. Rasch führte weitere Gründe an, die zu einer schlechteren ärztlichen Versorgungslage beitrügen. Dazu zählten unter anderem das unternehmerische Risiko, das nicht alle eingehen wollten. Da ungefähr 70 % der angehenden Ärzte Frauen seien und diese im Zuge ihrer eigenen Familienplanung möglicherweise Kinder bekommen wollten, sei zu berücksichtigen, dass selbstständige Ärztinnen keinen Anspruch auf Mutterschutz hätten.

Hinzu komme, dass es kein ausreichendes Betreuungsangebot gebe und dementsprechend erst danach an eine selbstständige Niederlassung gedacht werden könne. Letztlich sei noch zu erwähnen, dass es teilweise an einer ausreichenden, durchgehenden Finanzierung beziehungsweise Kompensation für niedergelassene Ärzte fehle. Zudem gebe es immer mehr Sitze, die von Unternehmen aufgekauft und anschließend wie ein Unternehmen geführt würden, was wiederum mit anderen Anforderungen einhergehe. Diese Entwicklungen müssten vonseiten der Politik entsprechend aufgegriffen werden.

4. Beschlüsse

4.1. Fortführung des Projektes "Wohnen für Hilfe"

Vorlage: 50/1312/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch erkundigte sich nach dem Zeitpunkt, zu dem konkrete Zahlen zum Projekt vorliegen werden. Diesbezüglich wird auf die der Vorlage beigefügte Anlage verwiesen.

Dezernent Johnen erläuterte, dass im Sommer 2026 bereits erste Daten erhoben worden seien. Eine abschließende Evaluation des Projekts werde jedoch erst im Sommer 2028 erfolgen. Die Ergebnisse der Evaluation 2028 werden dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit im nächsten Jahr vorgestellt. Auf dieser Grundlage solle anschließend über die weitere Ausgestaltung des Projekts ab dem Jahr 2029 entschieden werden, insbesondere soll eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob das Projekt im Jahr 2029 fortgeführt, in Nuancen angepasst oder vollständig eingestellt werden soll.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde der Beschluss dahingehend ergänzt, dass die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit während der gesamten Projektlaufzeit fortlaufend über den weiteren Projektverlauf und die gewonnenen Erkenntnisse informiert werden.

ASWG/20260916/Ö4.1

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit beschließt die Fortsetzung des Projektes „Wohnen für Hilfe“ in Kooperation mit dem Caritasverband Rhein-Kreis Neuss e.V. unter Bereitstellung der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel

in Höhe von 50.000 € p.a. bis einschließlich 31.12.2028.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgesehene Evaluation des Projektes in der Sitzung im 2. Quartal 2028 vorzulegen, um über eine mögliche Fortsetzung des Projektes zu beraten.
3. Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit wird während der gesamten Projektlaufzeit fortlaufend über den weiteren Projektverlauf und die gewonnenen Erkenntnisse informiert.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen

4.2. Fortsetzung Zukunftsprogramm Pflegeberufe Vorlage: 50/1313/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Junggeburch erkundigte sich nach dem messbaren Outcome des Projekts sowie zu den Einsparpotentialen bzw. Auswirkungen des Outsourcings des Marketings.

Ergänzend zu erläutern sind die finanziellen Auswirkungen des Outsourcings der Marketingmaßnahmen:

Durch die Auslagerung des Marketings erhöhen sich die hierfür anfallenden Kosten zunächst. Durch die Reduzierung der Projektkoordination von 1,5 VZÄ auf 1,0 VZÄ im Personalkörper der Beschäftigungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss (bfg) sowie durch weitere kleinere Einsparmaßnahmen kann die Kostensteigerung im Bereich Marketing jedoch kompensiert werden. Insgesamt kann der Haushaltsansatz daher reduziert werden.

Dezernent Johnen gab an, dass es hierzu derzeit keine valide Messung gebe, wodurch sich eine signifikante Nachmessung mit mathematischer Gewissheit herleiten könne.

ASWG/20260916/Ö4.2

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit beschließt die Fortsetzung des Zukunftsprogramms Pflegeberufe (ZUPF) für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2027 auf Grundlage der dargestellten angepassten Projekt- und Finanzierungsstruktur.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirksamkeit und weitere Ausrichtung des Zukunftsprogramms Pflegeberufe auf Grundlage der Ausführungen in der Vorlage zu überprüfen.
3. Dem zuständigen Fachausschuss ist vor der Sommerpause 2027 eine Beschlussvorlage zur weiteren Ausrichtung des Programms über den 31.12.2027 hinaus vorzulegen.
4. Für den Projektzeitraum werden Haushaltsmittel in Höhe von 149.800,37 €

(2027) bereitgestellt.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen

4.3. Fortführung des Behindertenfahrdienstes **Vorlage: 53/1478/XVIII/2026**

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Ausschussmitglied Rosellen erfragte, ob der Fahrdienst auch in Dormagen angeboten würde, da es dort vom Verein cbf Dormagen e.V. auch einen Fahrdienst gäbe und sich das Angebot dort doppeln würde.

Herr Böhme, erläuterte, dass der Behindertenfahrdienst des Rhein-Kreis Neuss kreisweit agiere und eine Dopplung in Dormagen geprüft würde.

Ausschussmitglied Bartsch erklärte, dass ohne ein vorliegendes Konzept die Deckelung des Ausschreibungsvolumens auf 240.000 EUR ungern vorgenommen werden würde, auch im Hinblick auf die Entwicklung der Zahl der Nutzungsberechtigten. Es wurde vorgeschlagen, die Anpassung des Eigenanteils für die Fahrten zu prüfen, um einer Kostensteigerung entgegenzuwirken.

Dezernent Johnen merkte an, dass der Haushaltsansatz in den letzten Jahren nie ausgeschöpft worden sei, aber eine Preissteigerung von 25% bis 30% ab dem nächsten Jahr zu erwarten sei. Durch Eigenanteile wären in den letzten Jahren im Schnitt etwa 10.000 EUR eingenommen worden, man könne die Erhöhung des Eigenanteils berücksichtigen, aber es handle sich dabei um keinen größeren Hebel.

Ausschussmitglied Müller gab zu bedenken, dass bei steigender Inanspruchnahme der Haushaltsansatz doch eher erhöht werden müsse. Dezernent Johnen antwortete darauf, dass man versuche den politischen Willen abzubilden unter Beachtung der Aufforderung, freiwillige Leistungen bei den Haushaltsmitteln kritisch zu hinterfragen. Es würden künftig auch in anderen Bereichen, nicht nur sozialer Projekte, etwaige Vorschläge gemacht und dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden müssen.

Ausschussmitglied Filimonov fragte an, was passiere, wenn das Budget aufgebraucht sei, es aber noch Menschen mit Anspruch auf eine Fahrt gäbe. Dazu sei derzeit noch kein Konzept vorliegend. Dezernent Johnen erwiderte darauf, dass ein Arbeitsauftrag formuliert werden könne, nach dem die Verwaltung aufgefordert ist, mit der Summe von 240.000 EUR in die Verhandlungen zu gehen und den höchstmöglichen Leistungsumfang zu vereinbaren.

Ausschussmitglied Bartsch bat darum, den Beschluss auf die nächste Haushaltsberatung zu verschieben. Aufgrund der durch das Auslaufen des Rahmenvertrages entstehenden Dringlichkeit schlug Dezernent Johnen daraufhin vor, den Tagesordnungspunkt im nächsten Kreistag vorzulegen. Die Verwaltung würde bis dahin erörtern, ob der Vertrag zunächst für ein paar Monate verlängert werden könne, um Fahrten ab dem 01.01.2027 sicherzustellen.

Ausschussmitglied Stüsgen betonte, dass die Fortführung des Behindertenfahrdienstes Priorität habe und man sich nun im Plenum auf eine Formulierung einigen müsse, die eine Ausschreibung ermöglicht, um Fahrten ab dem 01.01.2027 gewährleisten zu können. Dezernent Johnen machte den Vorschlag, mit der Grundlage von 240.000 EUR in die Verhandlung zu gehen und juristisch eine Option offen zu halten, nach der das Ausschreibungsvolumen noch erhöht werden könne, sofern der Kreisausschuss im November dazu zustimme.

Ausschussvorsitzender Köpenick fasste zusammen, dass abweichend von der Beschlussvorlage nun beschlossen werden solle, dass es eine Ausschreibung in Höhe von 240.000 EUR geben solle und seitens der Verwaltung ein Konzept ausgearbeitet werde, welches zum nächsten Ausschuss vorgelegt und die finale Entscheidung in Kreistag im Dezember getroffen werden solle. Eine Entscheidung im Kreisausschuss im November wäre aufgrund der Beratungsfolgen nicht vertretbar.

ASWG/20260916/Ö4.3

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Entwicklung und Fortführung des Behindertenfahrdienstes zur Kenntnis und befürwortet dessen Fortführung ab dem 1. Januar 2027 unter folgenden Rahmenbedingungen:

1. Für den Behindertenfahrdienst wird ab dem Haushaltsjahr 2027 ein jährlicher Bruttoausgabenrahmen von maximal 240.000 Euro zugrunde gelegt. Drittmittel und Erstattungen, insbesondere des Landschaftsverbandes Rheinland, sind weiterhin bestmöglich auszuschöpfen.
2. Seitens der Verwaltung wird ein Konzept ausgearbeitet, welches im kommenden Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit am 17.11.2026 vorgelegt und sodann zur finalen Entscheidung in den Kreistag am 09.12.2026 verwiesen wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Behindertenfahrdienst innerhalb dieses finanziellen Rahmens bedarfsgerecht und möglichst verwaltungsarm auszugestalten und die hierfür erforderlichen Nutzungs- und Verfahrensregelungen festzulegen.
4. Die Leistung wird zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgeschrieben. Die konkrete Vergabe- und vertragsrechtliche Ausgestaltung obliegt der Verwaltung.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0
einstimmig beschlossen

5. Mitteilungen

5.1. Bericht zum Infrastruktur-Poolmodell der Eingliederungshilfe Vorlage: 50/1314/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Rosellen erkundigte sich nach der aktuellen Anzahl der Pool-Schulen im Kreisgebiet.

Seitens der Verwaltung wird zu Protokoll gegeben, dass in insgesamt 37 Schulen im Rhein-Kreis Neuss das auf dem systemischen Ansatz basierende Modell des Infrastrukturpools der Eingliederungshilfe umgesetzt wird. Zum zweiten Schulhalbjahr 2026/2027 ist die Umstellung einer weiteren Schule auf das Infrastrukturpool-Modell vorgesehen.

Für das Schuljahr 2027/2028 ist darüber hinaus die Umstellung von sieben weiteren Schulen geplant.

5.2. Aktueller Projektstand "Demokratie Leben"

Vorlage: 50/1315/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

5.3. Landesweite Entwicklung der Kosten für die Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen (halbjährliche Mitteilung des LVR)

Vorlage: 50/1316/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

6. Mündliche Mitteilungen

6.1. Verschiebung der Verleihung des Integrationspreises des RKN in das Haushaltsjahr 2027

Protokoll:

Frau Weyerstraß, teilte mit, dass die Verleihung des Integrationspreises in das Haushaltsjahr 2027 verschoben werde.

6.2. Verbindliche Pflegebedarfsplanung und Örtliche Planung 2027

Herr Böhme, informierte über die Verbindliche Pflegebedarfsplanung sowie die Örtliche Planung 2027, deren Beschlussfassung in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit am 17.11.2026 vorgesehen sei.

7. Anträge

7.1. Prüfantrag: Erhöhung der Kapazitäten bzw. Betten im Frauenhaus in Neuss - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 3. August 2026

Vorlage: 50/1287/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Ausschussmitglied Uhlmann stimmte dem von der Verwaltung in ihrer Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Vorgehen zu, wonach die Thematik der Erweiterung der Kapazitäten bzw. der Erhöhung der Bettenkapazitäten im Frauenhaus in Neuss im Jahr 2027 erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit gesetzt werde. Dezernent Johnen bestätigte die entsprechende Befassung.

Ausschussmitglied Bartsch erkundigte sich danach, ob die Verwaltung - wie von der SPD-Kreistagsfraktion in der letzten Sitzung angeregt - die Vertretungen der Wohnungswirtschaft im Kreisgebiet zu einem Runden Tisch eingeladen habe, um mögliche Lösungsansätze zur kurzfristigen Unterbringung von Frauen bei häuslicher Gewalt abzustimmen. Die Herausforderung des mangelnden Wohnraums habe sich auch bei der durch die Verwaltung im Dezember 2026 durchgeführten Fachtagung bestätigt. Mit Blick auf die benötigten personellen Ressourcen der Verwaltung würde er alternativ ein Anschreiben an die Wohnungsunternehmen im Kreisgebiet begrüßen. Sozialdezernent Johnen bestätigte, dass die Verwaltung die Anregung aufgreifen und auf ihre Wirkung und Umsetzbarkeit prüfen werde.

ASWG/20260916/Ö7.1

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit beschließt den beantragten Prüfungsauftrag an die Verwaltung zunächst zurückzustellen.

Nach dem Vorliegen der landesweiten Bedarfsfeststellung, des Finanzierungskonzeptes und des Landesausführungsgesetzes - voraussichtlich Ende 2026 - wird die Verwaltung die Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss bewerten und dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen einschließlich der sich hieraus ergebenden finanziellen Auswirkungen vorlegen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen

7.2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hilfe zur Pflege auch im häuslichen Umfeld digital zugänglich machen

Vorlage: 50/1432/XVIII/2026

Protokoll:

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte die Rücknahme des von ihr eingebrachten Antrags zur digitalen Zugänglichmachung von Informationen zur Hilfe zur Pflege im häuslichen Umfeld.

8. Anfragen

8.1. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Seniorenberatung im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1317/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung und räumte dem Fragesteller Gelegenheit zur Stellungnahme sowie zur Anbringung ergänzender Fragen und Anmerkungen ein.

8.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Wohnungsbaufördermittel im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1318/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Ausschussmitglied Bartsch wies darauf hin, dass der bestehende Bedarf an öffentlich gefördertem Wohnraum mit den derzeit vorhandenen Strukturen und Kapazitäten nicht hinreichend gedeckt werden könne.

8.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Hitzeschutz in stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Vorlage: 50/1387/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Dezernent Johnen ergänzte, dass auf Grundlage der amtlichen Wetterwarnungen ein abgestuftes Ampelsystem entwickelt werden solle, mit dem konkrete Vorgaben für die Betreiber hinsichtlich der zu übermittelnden Informationen und Daten verbunden seien. Nach einer Abstimmung der zentralen Vorgaben mit den Betreibern seien zudem stichprobenartige Kontrollen vorgesehen.

8.4. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion: Psychische Gesundheit von Mädchen und jungen Frauen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 53/1399/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

8.5. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hitzenotstand im Alloheim Dormagen

Vorlage: 50/1430/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Florian Köpenick um 19:37 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Florian Köpenick um 19:39 Uhr die Sitzung.



Florian Köpenick
Vorsitzender



Sandra Burmeister
Schriftführung



Florian Lennartz
Schriftführung